

pierung aus der SYRIZA-Minderheit gesellen wird.

Damit hat die Krise auch die nächste Partei gefressen. Das SYRIZA-Programm, das europäische Orientierung mit mehr sozialer Gerechtigkeit und einem Ende der Sparpolitik vereinbaren wollte, ist gescheitert, es verbleibt die europäische Orientierung, garniert mit einigen Aspekten sozialer Gerechtigkeit, das Ende der Sparpolitik ist ausgefallen. Aber die nächsten Wahlen in Griechenland stehen kurz bevor, Tsipras braucht nach der Spaltung der Parlamentsfraktion eine belastbare Mehrheit und wird wohl noch im Herbst Neuwahlen ausrufen. Dann stellt sich die Frage, wo die Stimmen der Frustrierten und Wütenden hingehen, die noch beim Referendum für ein klares »Nein« gesorgt hatten. Es besteht die Gefahr, dass die Rechtsextremen von ihnen profitieren werden, auch

die Kommunisten werden sicherlich einige Zugewinne erzielen. Doch die Neonazisten sind zu kriminell und die Kommunisten zu altbacken, als dass sich ein Großteil der Wählerschaft dort aufgehoben fühlen würde. Die größte Gefahr besteht daher darin, dass viele Bürger/innen diese Wahl als überflüssig empfinden und gar nicht erst zur Urne gehen, dass sie Parteien ebenfalls als überflüssig für die politische Willensbildung empfinden und sich auch nicht mehr von ihnen repräsentiert fühlen. Und für Europa besteht die größte Gefahr darin, dass die Menschen in Griechenland die bislang untrennbar miteinander verbundenen Ideen von Europa einerseits und der Demokratie andererseits zunehmend voneinander trennen. Das könnte dann auch Folgen weit über Athen hinaus haben.

(Dieser Beitrag berücksichtigt die Entwicklung bis zum Redaktionsschluss am 13.8.)



Christos Katsioulis

ist Büroleiter der FES-Vertretung in Griechenland.

christos@fes-athens.org

Mario Telò

Die deutsche Führungsrolle in Europa – ein Dilemma

Der Brüsseler Euro-Gipfel am 12. Juli brachte nach zähen Verhandlungen in angespannter Atmosphäre am Ende drei politische Erfolge aber auch besorgniserregende Nachrichten. Zum einen hat der Kompromiss zwischen Vertragstreue und Solidarität einen Grexit vermieden. Die politische Natur des Kompromisses hat zudem unterstrichen, dass die gemeinsame Währung keine nach der Theorie von Robert Mundell bezeichnete bloße »optimal currency area«, sondern vielmehr ein politisches Projekt ist, und dass ein Austritt Griechenlands ein politischer und geopolitischer Fehler gewesen wäre. Angesichts einer stei-

genden Gefahr durch innere Desintegration (z.B. durch euroskeptische Strömungen in fast allen Ländern oder einem möglichen Brexit in 2017) und internationale Schwächung (massive Migrationsströme, Bedrohung durch den »Islamischen Staat«, die Machtpolitik Putins etc.) wurde eine politische Entscheidung für mehr Europa getroffen. Auch wenn die Rettung Griechenlands immer noch unsicher scheint, ist dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Zum Zweiten wurde dieser Kompromiss dank des ausgeprägten Multilateralismus innerhalb der europäischen Institutio-

nen erreicht. Das Primat der Institutionen wurde gegen die Tendenz hin zu bilateralen Verhandlungen zwischen Angela Merkel und Alexis Tsipras und technokratischer Führung der EZB gestärkt. Mario Draghi verfolgt zwar eine international hochgeschätzte Währungspolitik (expansive Geldpolitik, *quantitative easing*), ihn aber als den »wichtigsten politischen Führer der EU« zu bezeichnen, wie von manchen Medien praktiziert, ist abwegig. Auch deswegen darf man bei dem Kompromiss von einem Sieg der Politik sprechen.

Und drittens zeigen die Inhalte des Abkommens, trotz der dramatischen Lage, Kompromisswillen und eine gewisse Bereitschaft zur Zurückhaltung: Sehr wichtig ist, dass sich der Vorschlag Wolfgang Schäubles (Grexit auf Zeit) nicht durchsetzen konnte. Auch wenn er vielleicht ökonomisch vernünftig erscheint, wäre diese Option ein politischer Irrweg für Europa gewesen. Auch dass die griechischen Extremisten und europäischen Populisten eine schwere Niederlage einstecken mussten, ist positiv zu bewerten. Griechenland bleibt in der Eurozone und hat keine so klare Demütigung erleiden müssen wie es ein griechischer Garantiefonds mit obligatorischem Sitz in Luxemburg gewesen wäre.

Selbstverständlich ist die griechische Krise nicht überwunden, aber es wurde eine gewisse finanzielle Stabilität erreicht und einige neue Investitionen von außen geplant. Zudem werden Verhandlungen über eine Restrukturierung der riesigen griechischen Schuldenlast öffentlich geführt.

Wo liegt andererseits aber das politische Gefährliche? In einer Reihe von wichtigen Kommentaren, etwa in *Le Monde*, *EL PAÍS*, *CORRIERE DELLA SERA*, aber zum Beispiel auch von Jürgen Habermas im *Guardian*, wurde der Zusammenbruch des gegenseitigen Vertrauens in der Union beklagt, und das nicht nur durch eine griechische Führung, die monatelang zynisch die Spieltheorie anwandte, sondern auch durch eine deutsche Regierung, die »in ei-

ner Nacht all das politische Kapital verspielt hat, welches ein besseres Deutschland in einem halben Jahrhundert angesammelt hatte« (Habermas).

Ich würde zwar nicht von Zusammenbruch sprechen, eher von einem Niedergang, aber ohne ernsthafte Maßnahmen wird es in der Tat sehr gefährlich. Aus historischen Gründen benötigt Deutschland, die führende Macht in der EU, politisches Vertrauen, viel mehr als Brasilien innerhalb von MERCOSUR, als Indonesien in ASEAN, als Südafrika in der Afrikanischen Union. Um die erforderliche Wende zu erreichen, ist eine mutige und innovative internationale und pluralistische Debatte unumgänglich.

Wenn ein Land in sechs Jahren einen entscheidenden Anteil an einer 250 Milliarden Euro schweren Anleihe für Griechenland hatte, einer weiteren Anleihe in Höhe von 87 Milliarden zustimmt und dennoch in den meisten Ländern Europas und in (auch gemäßigten) Medien

(z.B. *The New York Times*) *Deutschlands schlechtes Image* als demütigende diktatorische Macht bezeichnet wird, dann

muss man ein Versagen des deutschen Politik-»Marketings« konstatieren. Ist nun die Propaganda von Yanis Varoufakis und Alexis Tsipras schuld daran oder sind es die beeindruckenden Bilder der sozialen Verwerfungen der Austerität in Griechenland? Beobachten wir gar einen internationalen Komplott gegen Deutschland oder ist die Bundesrepublik einfach unfähig, ihre Führungsrolle in Europa und der Welt zu »verkaufen«?

Das schlechte Image Deutschlands in Europa und der Welt ist ein riesiges politisches Problem für Deutschland und die EU. Schlimmer noch ist die Tatsache, dass die sinkende Popularität von Angela Merkel außerhalb Deutschlands mit einer wachsenden und gegenseitigen Kritik im Inland einhergeht, wo sie nicht nur von Populisten und der AfD sondern auch von CDU/CSU-Abgeordneten und wichtigen

Ökonomen als »zu großzügig« bezeichnet wird.

Aufgrund dieser doppelten Kritik ist es politisch nur sinnvoll, dass die Bundeskanzlerin die Unterstützung von Sigmar Gabriel und der SPD bekommt. Politisch wäre es für die Bundesrepublik und Europa wichtig, die Divergenzen zwischen den Hardlinern und Merkel zu vertiefen. Wolfgang Schäuble muss natürlich als kompetenter Minister und Europa-Anhänger respektiert werden, seine Idee von einem »Kern-Europa« aber, die 1994 im sogenannten Schäuble-Lamers-Papier erstmals formuliert wurde und von der kleingeistigen Mentalität der Bonner Republik geprägt ist, ist völlig ungeeignet für die heutige Rolle Deutschlands in der EU.

Schäuble ist sich sehr wohl bewusst, dass es aus der Geschichte heraus unmöglich ist, dass Deutschland eine klassische Führungsrolle in Europa zukommt. Damit hat er recht. Aber die neuen regionalen und globalen Verantwortlichkeiten kann man unmöglich vermeiden. Sie erfordern eine neue Interpretation solcher Begriffe wie Zivilmacht und konstruktive Hegemonie, gerade aus dem Grund, um die Konzentration auf bloße Machtverhältnisse zu vermeiden. Weder eine »Transferunion« noch eine Vergemeinschaftung nationaler Schulden ist eine Alternative. Deutschland muss die Konsequenzen seiner Führungsrolle ernst nehmen: einerseits, indem die vielen Vorteile der gemeinsamen Währung für die Bundesrepublik nach innen immer wieder erklärt werden, und, gleichzeitig durch eine deutliche Stärkung der EU als ökonomische und politische Union, die eine weitere Delegation von Souveränität in den Bereichen Wirtschafts-, Außen- und Migrationspolitik mit sich brächte. Nur mit diesen Schritten könnte die deutsche Führungsrolle legitimiert und den europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern neue Hoffnung vermittelt werden.

Ohne diese politische Grundsatzentscheidung würden die EU und Deutsch-

land in eine Sackgasse geraten. Der »Widerwillige Hegemon«, als den The Economist Deutschland sieht, wird de facto in der Öffentlichkeit zumeist als diktatorische Macht angesehen, auch wenn dies in weiten Teilen zu Unrecht geschieht. Der Weg von dem aktuell traurigen und negativen Erscheinungsbild hin zu einer konstruktiven, selbstbewussten Führungsrolle ist lang und kompliziert, aber noch möglich. Über diese historische Herausforderung brauchen wir eine breite und vielfältige Diskussion in Europa, die in Deutschland ihren Ausgang haben muss: Eine demokratische und konstruktive Hegemonie ist nämlich genau das Gegenteil von Herrschaft und reinen Machtverhältnissen. Dazu sind drei Dinge erforderlich:

Eine demokratische und konstruktive Hegemonie

Zum einen sind viele Spitzen-Wissenschaftler (wie etwa Robert Owen Keohane, der ehemalige Vorsitzende des Verbandes Amerikanischer Politikwissenschaftler) der Meinung, dass eine echte Führungsmacht den europäischen Völkern »international common goods« anbieten sollte, so wie es die USA mit dem zehnjährigen Marshallplan für das zerstörte Europa (1947-1957) und 1953 mit der Restrukturierung der deutschen Schulden getan haben. Finanzielle Stabilität (die durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus und andere solidarische Maßnahmen möglich ist) ist sicherlich notwendig aber sie reicht offensichtlich nicht aus. Der Juncker-Plan, der Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro vorsieht, bietet eine gute Gelegenheit: Mit einem europäischen Arbeitsbeschaffungsplan für qualitatives Wachstum könnte man endlich beweisen, dass das deutsche Modell mit einem Wirtschaftswachstum in der EU vereinbar ist.

Der Aufbau einer konstruktiven Hegemonie erfordert zweitens, wenn man Intellektuellen wie Antonio Gramsci folgt, die zentrale Rolle der Kultur und des Geistes sowie die Wahrnehmung durch die ande-

ren Völker zu berücksichtigen und um einen Konsens bemüht zu sein. Warum war dies in den USA während der 30 »goldenen Jahre« nach dem Zweiten Weltkrieg (auf globaler Ebene) möglich und warum sollte es jetzt nicht in Deutschland auf kontinentaler Ebene möglich sein?

Die Bundesrepublik hat ein großes Kulturpotenzial. Die Bundesregierung, die Länder, die Gemeinden, die Universitäten, die privaten und parteinahen Stiftungen sowie das Goethe-Institut investieren zwar schon jetzt eine Menge Geld, um die deutsche Kultur im Ausland bekannter zu machen. Trotzdem muss man sehen, dass dies für das führende Land in Europa immer noch nicht ausreichend ist. Weitere kluge Investitionen sind notwendig um diese Soft Power weiter zu fördern.

Um die Akzeptanz zu erhöhen, sollten die Projekte im Rahmen von Partnerschaften umgesetzt werden. Es sollten mehr kulturelle und wissenschaftliche Joint Ventures und Expertennetzwerke finanziert werden, auch wenn deutsche Institutionen darin keine Führungsrolle spielen. Es sollten vielfältigere Programme initiiert werden, die die Mobilität von Deutschen ins Ausland und umgekehrt fördern. Es sollten viel mehr kostenlose Sprachkurse angeboten werden, um die Vielfalt und die demokratische Vitalität der deutschen Zivilgesellschaft in Europa bekannter zu machen.

Und drittens ist der Respekt vor den Regeln der EU zwar richtig, das allein aber ist noch keine Europapolitik. Nach sieben Krisenjahren sollte nicht nur die wirtschaftspolitische Steuerung der Union reformiert werden; es sind auch bewusste Schritte in Richtung einer politischen Union vonnöten.

Im Juni 2015 haben die fünf Präsidenten der EU-Ebene ihren Plan zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt. Zur Stärkung der Eurozone sind danach u.a. auch institutionelle Veränderungen notwendig. Die Euro-

Gruppe soll einen hauptamtlichen Präsidenten bekommen, ein europäisches Schatzamt soll über ein eigenes Budget verfügen und die demokratische Legitimation der Eurozone soll verbessert werden, indem z.B. bei der haushaltspolitischen Koordinierung das EU-Parlament ein Mitspracherecht bekommt.

Frankreich ist sicherlich der erste Partner für eine starke Führung der EU, aber nur unter zwei Bedingungen. Erstens: Die wichtige Rede von François Hollande am 14. Juli, in der er für die Eurozone eine Wirtschaftsregierung forderte, sollte von Deutschland ernstgenommen werden – aber nur, wenn die Franzosen die Konsequenzen, die sich daraus ergäben, vollständig akzeptierten. Denn das bedeutet ein Abtreten von Teilen der nationalen Wirtschaftssouveränität, bisher für die französische Öffentlichkeit ein Tabuthema. Zweitens: Die Zeit des Zwei-Länder-Direktoriums ist zu Ende. Andere wichtige Länder wie Italien, Spanien, Polen oder die Benelux-Staaten, sollten eine aktive Rolle innerhalb einer kollegialen Führungsgruppe spielen können.

Eine institutionelle Reform der EU steht auf der Tagesordnung. Die bisher erfolgten Reformen sind nicht ausreichend und der immer wichtiger gewordene Intergouvernementalismus wird zunehmend kritisiert. Angesichts der großen finanziellen Herausforderungen, vor denen die EU steht, sind Verhandlungen auf Regierungsebene im Europäischen Rat zwar notwendig und in einigen Fällen sind Intergouvernementalismus und Supranationalität auch eng miteinander verbunden. Andererseits müsste die neue »Merkel-Methode« der *economic governance* durch eine zentralere Rolle der Kommission und eine multilaterale – und nicht hierarchische – Koordinierung flankiert werden. Für eine verbesserte Legitimierung müsste, so betonen zu Recht Martin Schulz, Matteo Renzi und andere, das Europäische Parlament gestärkt werden.

Die SPD hat nicht nur die Gelegenheit, sich in der Europapolitik zu profilieren. Sie ist auch die einzige Partei, die einen glaubwürdigen dritten Weg zwischen einer links-keynesianischen Rhetorik und der untergehenden Austeritätspolitik à la Schäuble durchsetzen könnte. Die SPD sollte eine realistische Alternative in Richtung einer echten qualitativen Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa und einer politischen Union ausarbeiten, eine supranationale Europa- und Wirtschaftspolitik. Nur so könnte die Europäische Sozialistische Partei, zurzeit paralyisiert von inneren Spaltungen und dem deutlichen Glaubwürdigkeitsdefizit in den Schuldnerländern, ein Revival ihrer politischen Rolle erleben. Viele Parteien sowie soziale und intellektuelle Kräfte könnten dabei mitwirken.

Die Rolle der SPD

In Deutschland ist es sinnvoll, die Große Koalition zu stützen; nur sollte das für die SPD nicht bedeuten, die Ziele von Willy Brandt und Helmut Schmidt aufzugeben, nämlich die internationale Rolle der Bundesrepublik mit eigenen Grundwerten und konkreten Vorschlägen zu beeinflussen. Nur die SPD kann die Europäer davon überzeugen, dass ihre Allianz mit der ordoliberalen CDU nicht im Zeichen des Neoliberalismus steht, sondern für eine soziale und innovative Vision von der europäischen Zukunft.

Wie könnte sie das anstellen? Zum einen kann sie besser vermitteln, dass die Förderung des nationalen Binnenmarktes, höhere Mindestlöhne und ein Ende der Dualisierung des Arbeitsmarktes auch für Europa gut sind. Sie kann zudem am besten der deutschen Öffentlichkeit erklären die Warnungen der Europäischen Kommission zu respektieren, dass ein Außenhandelsüberschuss von 7 % nicht mit einer

europäischen Führungsrolle vereinbar ist. Auf EU-Ebene kann sie auch eine Vision entwickeln, wie Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Kohäsion zusammengebracht werden können, damit sich die europäische Soziale Marktwirtschaft gegenüber China, den USA und anderen behauptet. Ist die SPD bereit, die notwendigen intellektuellen Kräfte zu bündeln und zu mobilisieren?

Das »Modell Deutschland« sollte den 500 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Europa, ganz anders als heute von Merkel und Schäuble, mit einer klaren Botschaft präsentiert werden: als die beste Kombination aus Sozialstaat, Wettbewerbsfähigkeit, Mitbestimmung, Umweltpolitik, nachhaltiger Energiepolitik, technologischer Innovation, einem modernen Bildungssystem und einer modernen Verwaltung, einer dynamischen Forschungspolitik, Gendergerechtigkeit und Gleichberechtigung unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung.

Zum anderen könnte die SPD einen realistischen Weg als Kern einer Gemeinsamen Europäischen Außenpolitik entwickeln, jenseits des Klischees von den »Timid Teutons« einerseits, aber auch ohne die Arroganz des stärksten Landes andererseits. Angesichts der aktuellen gefährlichen internationalen Konflikte kann Europa nicht die Rolle einer großen Schweiz spielen, sondern muss eine neue regionale und internationale Politik anführen, mit regionaler Integration, globalem Multilateralismus, einer Kraft des *peace keeping* und *peace enforcement*, auch mit den dafür notwendigen Mitteln, durch Koordination der Fähigkeiten der einzelnen EU-Länder. Dies würde der deutschen Führungsrolle entsprechen und einer neuen Phase ziviler Macht mehr Glaubwürdigkeit verleihen.



Mario Telò

ist Professor für Internationale Beziehungen an der Université libre de Bruxelles und der Universität LUISS in Rom.

mtelo@ulb.ac.be